



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 30.06.2022

Zu Punkt 8.5
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.06.2022

Wien, 9. Juni 2022

Maßnahmen gegen die Rekordteuerung und für den Ausbau von erneuerbarer Energie

Angesichts der Rekordinflation von 8 Prozent und der drohenden nächsten Teuerungswelle durch das beschlossene Öl-Embargo gegen Russland müssen dringend Maßnahmen gegen die Teuerung gesetzt werden. Diese Teuerung trifft so gut wie alle: vom kleinsten Transportunternehmen, den Haushalten bis hin zu den mittleren und großen Betrieben in Österreich. Nur einzelne Energiekonzerne streichen sich auf Kosten aller einen bis zu 4-fachen Gewinn in Milliardenhöhe ein. In Europa machen die Mehreinnahmen der Energieerzeuger 200 Mrd. Euro aus, in Österreich werden sie auf 4 Mrd. Euro geschätzt. Diese Übergewinne fallen nicht vom Himmel, sie werden von der Bevölkerung gezahlt – so auch von hunderttausenden EPU und KMU.

Es ist die Aufgabe der Politik in Zeiten wie diesen einzugreifen und steuernde Maßnahmen zu setzen. Es nutzt nichts zu sagen, was nicht geht - die Bundesregierung muss endlich ins Tun kommen und die enorme Teuerung abdämpfen.

Übergewinne abschöpfen

Um die Unternehmen und die gesamte Bevölkerung bei der Teuerung zu entlasten, müssen die nicht gerechtfertigten Übergewinne von Energieerzeugern in Milliardenhöhe abgeschöpft werden und der Bevölkerung zurückgegeben werden. Es wäre sinnvoll und gerecht, die Hälfte der Übergewinne für die sofortige finanzielle Unterstützung der Bevölkerung und die andere Hälfte für Investitionen in die Energiewende zu investieren, damit wir schneller unabhängig von Öl und Gas werden.

Die Übergewinnabschöpfung ist breiter Mainstream und basiert auf dem Vorschlag der EU-Kommission, die das „Wegsteuern“ der Übergewinne sogar verlangt. Das Abschöpfen der Übergewinne ist nicht nur eine ethisch-moralische Notwendigkeit, sondern auch volkswirtschaftlich geboten. Es darf nicht sein, dass sich aus der Not der Menschen wenige Konzerne die Taschen vollstopfen.

Sogar die EU-Kommission schlug vor, die Mehreinnahmen zu besteuern und für die Bekämpfung der Teuerung zu verwenden. In diesem Zusammenhang sei auf die Maßnahmen anderer Länder hingewiesen: In Italien und Großbritannien etwa gibt es eine Übergewinnsteuer in Höhe von 25 Prozent, in Griechenland sind es sogar 90 Prozent. Andere Länder greifen direkt in die Preisbildung ein.

Sofortmaßnahmen gegen die Teuerung

Zusätzlich müssen wir auf Sofortmaßnahmen gegen die Teuerung setzen: Sofort wirksame Antiteuerungsmaßnahmen sind vor allem das zeitlich befristete Aussetzen der Steuern bei Strom, Gas, Sprit und Lebensmitteln. Damit würde Tanken, Gas und Strom sofort um 20 Prozent günstiger, Grundnahrungsmittel um 10 Prozent. Bereits 11 EU-Länder haben Steuersenkungen im Kampf gegen die Inflation umgesetzt. In Deutschland etwa gilt bereits eine Steuersenkung auf Sprit.

Die derzeitigen Energiepreise führen unweigerlich zu einem Wettbewerbsnachteil der exportgetriebenen österreichischen Wirtschaft - immerhin liegen 50 Prozent der Wertschöpfung im Export. Es ist daher eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, hier gegenzusteuern und Maßnahmen gegen die Teuerung zu setzen.

Mit günstigeren Energiepreisen können sich die Menschen das Leben besser leisten, die Wirtschaft kann Produkte zu kompetitiven Preisen für den Weltmarkt herstellen und wir haben die Chance, in den nächsten Jahrzehnten auf einer wissensbasierten Wirtschaft unseren Lebensstandard zu erhalten.

Der SWV fordert daher die Übergewinne abzuschöpfen um die Menschen zu entlasten und durch Investitionsprämien erneuerbare Energie zu fördern.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer setzt sich bei den zuständigen Stellen dafür ein, dass..

- eine Übergewinnabschöpfung auf Österreich Ebene ehestmöglich umgesetzt wird und zu einer Hälfte zur finanziellen Unterstützung der Bevölkerung und zur anderen Hälfte zur Förderung von Investitionen in erneuerbare Energieformen genutzt wird. Zusätzlich sollen Unternehmen staatlich besicherte AWS Kredite für solche Investitionen beantragen können.
- als Sofortmaßnahme die Steuern auf Strom, Gas, Sprit und Lebensmittel ausgesetzt werden.



Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Karlheinz Winkler
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Friedrich Strobl
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich
SWV Fraktionsvorsitzender*